

## Was will die CDU?

Ja, natürlich die Wahlen 2021 gewinnen. Mit derzeit 17% in den Meinungsumfragen steht sie auf Platz drei hinter den Grünen (25%) und der Linken (18%), knapp vor der SPD (16%). Und ein Spitzenkandidat fehlt ihr auch noch. In diesem Falle reicht die männliche Form aus, denn eine Frau ist für dieses Amt nach dem Abservieren von Monika Grütters als Parteivorsitzende nicht vorgesehen. Am 18. Mai wird mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit der Spandauer Bundestagsabgeordnete Kai Wegner zum neuen Landesvorsitzenden der Berliner CDU gewählt. Gestern lud die CDU-Fraktion zu ihrem Jahresempfang in den Schöneberger Gasometer ein. Der Fraktionsvorsitzende Burkard Dregger begrüßte die Gäste mit den Worten:



„Wir begrüßen heute 700 Gäste auf unserem traditionellen Jahresempfang am und im Gasometer Schöneberg. Wir richten unseren Blick nach vorn. Uns geht es um eine bessere Zukunft für unsere Stadt nach Rot-Rot-Grün.“

Der EUREF-Campus ist ein Beispiel für freies Unternehmertum, das wegweisende technische Entwicklungen für eine klimaneutrale Perspektive Berlins hervorbringt. Dies setzen wir den linken, rückwärts-gewandten rot-rot-grünen Griffen in die sozialistische Mottenkiste entgegen, mit denen Berlin um seine Chancen gebracht werden soll.“

Die Gäste hatten nicht nur, bevor das große Buffet im Gasometer eröffnet wurde, die Möglichkeit, auf der Plaza eine Currywurst oder einen Burrito zu verspeisen, sondern auch die zugeführte Nahrung durch die Besteigung des Gasometers gleich wieder abzubauen. Der Ausblick vom höchsten Punkt des EUREF-Campus bietet einen unverstellten grandiosen Rund-

umblick über Berlin. Natürlich gab es auch bequemere Angebote, beispielsweise das Fahren mit Elektrofahrzeugen und den viel diskutierten E-Roller, mit denen man auf dem EUREF-Campus ungehindert herumkurven kann.

Was die CDU-Fraktion inhaltlich will, hat sie auf ihrer Klausur in Weimar am ersten Mai-Wochenende zu Papier gebracht. Nachfolgend veröffentlichen wir eine Zusammenfassung der Ziele und Forderungen. Den Beitrag garnieren wir zur Auflockerung mit Fotos vom Jahresempfang am 7. Mai 2019.

### „Berlin 2030 – Vision für eine Wirtschaftsmetropole“

Wir treten u.a. dafür ein, dass klein- und mittelständische Unternehmen ausreichend Gewerbefläche in Berlin finden müssen. Dazu sollen zehn Prozent aller Flächen bei Neubauvorhaben für KMU verpflichtend bereitgestellt werden.

Wir brauchen einen Neustart der Schwerpunkte der Berliner Branchen- und Clusterpolitik. Insbesondere die Cleantech/Green-Economy und die Künstliche Intelligenz (KI) müssen intensiv begleitet und gefördert werden.



Foto: EUREF-Chef Reinhard Müller mit CDU-Generalsekretär Stefan Evers.

Dazu äußerten sich auf der Klausurtagung drei eingeladene Gäste:

**Jan Eder**, Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin: „Das Thema Bauen und Wohnen, da will ich es kurz machen, ist in Berlin eine Katastrophe. Wir verzeichnen einen Rückgang an Innovationen. Daraus ziehe ich den Schluss, wir müssen das Management unserer Wertschöpfungsketten schärfen. Da bietet Ihr Papier die richtigen Ansätze.“

**Frank Pawlitschek**, Vorstandsvorsitzender und Gründer von ubitricity GmbH: „Im Moment werden in Berlin nur Parkplätze abgebaut, ohne dass die Menschen wissen, wie sie dann vorankommen sollen. Es fehlen Anreize zum Umsteigen auf Elektromobilität und Nahverkehr. Es fehlt in dieser Stadt eine Vision für urbane Mobilität.“

**Christian Hoßbach**, Vorsitzender DGB Berlin-Brandenburg: „Gut und notwendig, dass sich die CDU-Fraktion der Frage der wirtschaftlichen Entwicklung annimmt. Die Themen gut bezahlbarer und qualifizierter Arbeitsplätze müssen mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Verbindung gebracht werden. Hier müssen gerade mit Blick auf die Digitalisierung Antworten für alle gefunden werden.“



Foto: Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD), Morgenpost-Chefredakteurin Christine Richter, Ex-Staatssekretär Alexander Straßmeir (CDU).

## „Wie Berlin gut regiert werden kann“

Maßnahmen für eine zügige Modernisierung der Berliner Verwaltung

Zu viele Stellen im öffentlichen Dienst sind unbesetzt, das Gehaltsniveau ist schlechter als in anderen Bundesländern, die Ausstattung der Arbeitsplätze hält mit der technischen Entwicklung nicht stand. Wir wollen das ändern. Eine neue Senatsverwaltung für Personal und Digitalisierung und ein Kompetenzzentrum Personalauswahl sollen bürokratische Hürden abbauen, Stellen schneller als bisher besetzen und Wartezeiten für Bürger abbauen. Wir wollen faire, attraktive Bezahlungen. Dazu gehört aus unserer Sicht die Angleichung an das Bundestarifniveau. Für Mitarbeiter mit besonders hohem Publikumsanteil wollen wir eine entsprechende Zulage einführen, sofern dies rechtlich möglich ist. Bezirke wollen wir am Gewerbesteueraufkommen beteiligen. Sie sollen Zielvereinbarungen mit dem Senat über Fristen für die Vorgangsbearbeitung abschließen. Wenn diese erfüllt werden, sollte dies mit Boni-Regelungen bei der Finanzmittelzuweisung belohnt werden.

## Mieterinnen und Mieter in der Mitte der Gesellschaft entlasten, statt Sand in die Augen streuen: Das Berliner Mietergeld einführen

Mit seiner Unterstützung für das verfassungswidrige Volksbegehren „Deutsche Wohnen enteignen“ streut der rot-rot-grüne Senat den von Wohnungsnot und Mietenanstieg betroffenen Bürgern in Berlin Sand in die Augen: Durch Enteignungen entsteht keine einzige zusätzliche Wohnung, Mieten werden nicht

sinken und private Bauherren (90% des Neubauvolumens) werden der Stadt endgültig den Rücken kehren. Die CDU-Fraktion fordert den Senat auf, im Rahmen seiner Haushaltsplanaufstellung im Juni 2019 ein Berliner Mietergeld einzuführen und zu finanzieren. Dieses soll nach unseren Vorstellungen zur Stabilisierung der Mieten und zur Ankurbelung des Wohnungsneubaus beitragen.

## Ausbildungsvergütung für Erzieherinnen und Erzieher einführen

Der Bedarf an Kitaplätzen übersteigt bei weitem das vorhandene Angebot. Eltern und Erzieher, die demonstrieren und ihrem Ärger auf diese Weise Luft machen, sind bildhafter Ausdruck der aktuellen Missstände. Die CDU-Fraktion ist sich der Verantwortung bewusst und hat daher schon im Mai 2018 ein Maßnahmenpaket zur Bewältigung der Kitakrise vorgelegt. Die Stärkung frühkindlicher Bildung, die Gewinnung von Fachkräften und Einführung einer Ausbildungsvergütung sowie ein verantwortungsvoller Einsatz der Bundesmittel aus dem Gute-Kita-Gesetz haben daher höchste Priorität.

## Baumbestand in Berlin stabil halten

Die Zahl der Bäume soll erhalten und soweit möglich erhöht werden. Dazu schlagen wir u.a. vor: berlinweite Dokumentation über Bestand und Fällungen, mehr Neupflanzungen und Stärkung der Kampagne „Stadtbäume für Berlin“. Ausgleichszahlungen könnten, soweit rechtlich möglich, über ein „Öko-Konto der Stadt Berlin“ für Pflanzungen und Baumpflege genutzt werden. Grundsätzlich muss für jeden gefälltten Baum die doppelte Anzahl neu gepflanzt werden.

## Baulücken identifizieren, Bauflächen erfassen, Stadtentwicklung vorantreiben

Wir wollen ein Verzeichnis über Potenzialflächen für alle Grundstücke und Baulücken, auf denen eine Bebauung grundsätzlich möglich ist. Daraus soll eine Plattform entstehen als Informations- und Planungsquelle für Verwaltung, Architekten, Investoren, Stadtentwickler und Eigentümer über Wohnflächen, Gewerbeflächen, Grünflächen und Mischflächen.

## Anpassung der Verkehrsstrategie – Gegen Fahrverbote und für einen besseren Verkehrsfluss

Acht-Punkte-Plan für weniger Staus, bessere Luft und Vermeidung von Fahrverboten. Darunter: Umleitung für Lkw um Straßen mit besonders hoher Schadstoffbelastung, Konzept zur Reduzierung des Reisebusverkehrs in der Innenstadt. Grüne Wellen auf Hauptverkehrsstraßen, verbunden mit empfohlenen Richtgeschwindigkeiten und dynamischer Verkehrslenkung. Ausweitung der Tarifzone B im Nah-

verkehr, um Pendler frühzeitig zum Umsteigen zu bewegen. Pilotversuch mit mobilen Luftreinigern und Bepflanzungen der Mittelstreifen mit Moosen und Bäumen an Straßen, an denen die Schadstoffbelastung die Grenzwerte übersteigen.



Foto: 700 Gäste unter der Kuppel des Gasometers.

## **Erweiterte Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements – Haushaltstitel zur Stärkung ehrenamtlicher Arbeit**

Ehrenamtliche Mitarbeiter sollen Ausgaben für Veranstaltungen, Materialien oder Druckerzeugnisse unbürokratisch ersetzt bekommen, was bisher selbst bei einer öffentlichen Förderung nicht ohne weiteres möglich ist. Dazu sollen die Bezirke jeweils 100.000 Euro erhalten und selbst einheitliche Vergabeverfahren entwickeln.

## **Kompetenzförderung im Ehrenamt stärken – Angebot an Fort- und Weiterbildungen für Bürgerschaftliches Engagement ausbauen**

Ehrenamtliche Mitglieder sollen fachliche, mentale und administrative Schulungsangebote erhalten, um sich besser auf ihre Aufgabe vorbereiten zu können. Dazu halten wir Räume vor allem in Schulen in den Abendstunden für geeignet und wünschen die Zusammenarbeit mit kompetenten Partnern wie Volkshochschulen oder die Akademie für Ehrenamtlichkeit.

## **Engagement würdigen – Auslobung eines Ehrenamtspreises**

Wir wollen die ehrenamtliche Arbeit mit einer jährlichen Auszeichnung als Geldprämie und einer Projektpräsentation anlässlich des Aktionstages „Berlin sagt Danke“ stärken.

## **Mobile Fahrrad-Verkehrsschule einführen**

Das sichere Beherrschen des Fahrrades und der Verkehrsregeln muss schon im frühen Alter trainiert werden. Daher schlagen wir vor, im Rahmen eines

zweijährigen Pilotversuchs eine mobile Fahrrad-Schule zu initiieren, in der junge Berliner das sichere Radfahren lernen können. Im Erfolgsfall sollte das Modell auf möglichst alle Bezirke ausgeweitet werden.



Foto: Die Berliner CDU-Spitzenkandidatin für die Europa-Wahl, Hildegard Bentele, und Alexander Schubert von der Bank of Scotland.

## **Kitaplatzausbau Vorantreiben – MOKIB-Programm endlich umsetzen**

Ausbildungsvergütung für Erzieher ein, um die Attraktivität des Berufs und damit die Bewerberzahlen zu steigern. Wir wollen hierfür die 300 Millionen Euro einsetzen, die Berlin aus dem „Gute-Kita-Gesetz“ des Bundes erhalten wird. Kitaausbau vorantreiben – MOKIB-Programm endlich umsetzen: Familie und Beruf müssen auch in Berlin durch entsprechende Betreuungsangebote für Kinder vereinbar sein. Wir haben schon vor einem Jahr ein Sieben-Punkte-Programm vorgeschlagen, um kurzfristig mehr Kitaplätze zu schaffen. Der Ausbau muss beschleunigt werden. Dazu gehört auch die Neuausschreibung mobiler Kita-Bauten (MOKIB) zu Bedingungen, die von Auftragnehmern wirklich erfüllbar sind.

## **Eine Ressortübergreifende KI-Strategie für Berlin**

Wir wollen Experten von Forschung, Wissenschaft und Wirtschaft zusammenführen, um mit ihnen eine gemeinsame Strategie für Künstliche Intelligenz (KI) zu entwickeln. Dazu zählen u.a. die personelle und fachliche Stärkung unserer Hochschulen mit Stipendienprogrammen, der Aufbau von Netzwerken und verstärkte Aufklärung, um das Verständnis und die Akzeptanz für KI zu fördern.

## **Forschen, Lehren und studieren 4.0 – Digitalisierung der Berliner Hochschul- und Forschungslandschaft vorantreiben**

Wir wollen das Digitalisierungstempo an unseren Hochschulen vor dem Hintergrund eines zunehmenden internationalen Wettbewerbs erhöhen. Dazu wollen wir eine Anpassung der Curricula sowie Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte, Konzepte für



den sinnvollen Einsatz in der Lehre oder die stärkere Nutzung von E-Learning-Plattformen (auf Basis eines einheitlichen Campusmanagements). Wir setzen uns für den rechtssicheren Ausbau digitaler Zugänge und Datenbanken ein.



Foto: Reinhard Müller und der designierte CDU-Vorsitzende Kai Wegner.

## Schuldenbremse in der Berliner Verwaltung verankern

Die Berliner Landesverfassung soll mit einer neuen Vorschrift ergänzt werden: Der Haushalt soll grundsätzlich ohne Kredite aufgestellt werden. Ausnahmen sind nur bei von der Normallage abweichenden Konjunkturen und außergewöhnlichen Notsituationen und Naturkatastrophen möglich. Dies gilt auch für eine Verlagerung der Staatsverschuldung auf andere Institutionen, an denen das Land Berlin maßgeblich beteiligt ist, wie dies bereits für den Schulneubau und die BVG-Fahrzeugbeschaffung vom Senat vorgesehen ist.

## Bundratsinitiative zur Anpassung der Vorschriften über die Vermögensabschöpfung und der zur Bekämpfung der Geldwäsche insbesondere im Bereich der Immobilienwirtschaft

Gewinne aus der organisierten Kriminalität sind prädestiniert dafür, im Bereich der Immobilienwirtschaft gewaschen zu werden, weshalb dieser Bereich hochgefährdet ist. Leider bietet die aktuelle Gesetzeslage noch immer zu viele Schlupflöcher und macht es den Tätern noch immer viel zu leicht, das im Rahmen der organisierten Kriminalität erbeutete Geld über den Erwerb von Immobilien rein zu waschen. Wir wollen mit unserer Initiative die gesetzlichen Instrumente gegen Geldwäsche und zur Abschöpfung illegal erworbenen Vermögens effektiver gestalten.

## Verfassungsfeinde zur Kasse bitten: Verwaltungsgebührenordnung ändern!

Wir wollen die Gebührenordnung mit der Schaffung einer neuen Tarifstelle dahingehend verändern, dass künftig für die Verwahrung eines Passes oder

Personalausweises und für jedes andere abgegebene Dokument jeweils fünf Euro am Tag fällig werden. Dies erscheint notwendig insbesondere gegenüber der wachsenden Zahl sogenannter Reichsbürger, die den Deutschen Staat ablehnen und dies mit der Rückgabe des Personalausweises oder des Passes dokumentieren, obwohl sie nach dem Gesetz verpflichtet sind, einen gültigen Ausweis zu besitzen.



Foto: CDU-Fraktions-Vize Mario Czaja, noch CDU-Vorsitzende aber weiterhin Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters und der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh.

## Verbesserte Datenerfassung im Ermittlungsverfahren

Der Datenaustausch unter Behörden muss insbesondere bei schwerwiegenden Straftaten etwa der Organisierten Kriminalität oder des Terrorismus deutlich verbessert werden. Dazu müssen die Strukturen der polizeilichen Datenerfassung überarbeitet und angepasst werden unter Berücksichtigung der Erfahrungen polizeilicher Ermittler. Ziel muss eine checklistenartige standardisierte Erfassung sein, die es ermöglicht, Vorfälle schneller und zuverlässiger mit anderen Ermittlungsverfahren abgleichen und Zusammenhänge leichter erkennen zu können.

## Qualität der Integrationskurse überprüfen – Evaluation der aktuellen Angebote notwendig

Der Senat soll sich bei der Bundesregierung für die Auswertung und Verbesserung der seit 2016 laufenden Integrationskurse einsetzen. Kriterien sollen u.a. sein: Größe der Kurse sowie das Sprachniveau der jeweiligen Teilnehmer, Ausfallquoten der angebotenen Unterrichtsstunden, Abbruchquote seitens der Teilnehmer, Quote der erfolgreich abgeschlossenen Integrationskurse, Ergebnisse der Einstufungstests, Eignung der öffentlichen und privaten Träger von Integrationskursen, Inhalte möglicher Beschwerden über die Träger.

## Arbeit der freien Träger bei der Antisemitismusbekämpfung langfristig sichern und finanzieren!

Die Berliner CDU-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zu dem politischen Ziel, die Arbeit mit den freien

Trägern gegen den Antisemitismus fortzusetzen sowie langfristig und zuverlässig zu finanzieren und fordert den Senat ausdrücklich auf, die Finanzierung der freien Träger über den Zeitraum eines Doppelhaushaltes hinaus zu verstetigen. Vorstellbar wäre beispielsweise, den Landesbeauftragten gegen Antisemitismus langfristig mit einem Budget auszustatten, aus dem die freien Träger zuverlässig finanziert werden.



Foto: Der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak und Ulrich Misgeld vom UnternehmensNetzwerk Motzener Straße.

## Positionspapier Soziales

Wir streben den sozialen Ausgleich, der Perspektiven und der Prävention an. Je früher, individueller und wirksamer die Menschen unterstützt werden, desto besser ist der Sozialstaat in der Lage, nachhaltig Hilfe zu leisten. Wir fordern vom Senat ein Konzept gegen die wachsende Altersarmut, eine Übersicht über mögliche Strukturen von Altersdiskriminierung im öffentlichen oder privaten Sektor, die nicht gesetzlich geregelt sind, die flächendeckende Einführung von Inklusionstaxis, barrierefreie Bahnhöfe, verlässliche Rahmenbedingungen für die Arbeit Ehrenamtlicher in der Obdachlosenhilfe und die Sicherstellung der Hygieneversorgung Obdachloser.

## Berlins digitale Zukunft

Digitalisierung bietet große Chancen und wird zu tiefgreifenden Veränderungen in vielen Lebensbereichen führen. Wir betrachten konkrete Probleme und liefern Lösungen. In 26 Punkten fassen wir von A wie Ausschreibung bis Z wie Zeitvergabe und Buchungssysteme zusammen, wie der Weg Berlins in die digitale Zukunft aussehen könnte.

## Digitalisierung zentraler Berliner Baudenkmäler und Kulturgüter

Wir wollen herausragende Berliner Baudenkmale und Kulturgüter zentral digital erfassen, um diese im Falle des Verlustes oder der Zerstörung einfacher erneuern oder sanieren zu können.

Zusammenstellung, Kommentierung und Fotos: Ed Koch